



Freiburg, Freitag den 28. April 2023

## **Medienmitteilung - Antwort auf die Ablehnung durch das Bundesgericht des Rekurs zur Initiative für einen kostenlosen öffentlichen Verkehr**

Das Bundesgericht hat den im Juli 2022 von den Initiantinnen und Initianten eingereichten Rekurs abgewiesen. Die KJ Fribourg, die Jungen Grünen-x-s, die Sozialistische Jugend, die GRÜNEN und die Sozialistische Partei bedauern das Urteil des Bundesgerichts, das ein zu starkes Festhalten am Text zeigt, ohne das notwendige Nachhaltigkeitsprinzips oder den Kontext, der damals die Annahme von Art. 81a verlangte, zu berücksichtigen.

**Ist dies eine Gerechtigkeit, die den sozialen und klimatischen Herausforderungen gewachsen ist?**

In einer Zeit, in der die Energiekrise in Verbindung mit Inflation und Dürren bereits verheerende Folgen hat, scheint das Urteil des Bundesgerichts das Ende einer nachhaltigen Verkehrspolitik einzuläuten.

"Wir können diese Entscheidung nicht nachvollziehen. Es ist schwer zu akzeptieren, dass die Verfassung, die es der Gesellschaft ermöglichen soll, fortzubestehen, nicht an die heutige Zeit angepasst ist und die Umsetzung dieser zukunftsorientierten Massnahme verbietet", bedauert Inès Marthaler, Präsidentin der KJ.

Die aktuelle Energiekrise ist nur ein Vorgeschmack auf das, was uns laut den Prognosen der Experten und Expertinnen, insbesondere des IPCC, bevorsteht. Energieknappheit, wachsende Ungleichheit, Rezessionen und Migrationsströme sind Krisen, denen sich die Schweiz nicht entziehen kann, die jedoch dem Radar der Institutionen zu entgehen scheinen.

"Die heutigen politischen Lösungen sind lediglich kurzfristiger Natur. Sie erlauben es nicht, die Ziele, die sich der Bund für 2050 gesetzt hat, zu erreichen. Sie berücksichtigen auch nicht die Bedürfnisse der Bevölkerung, obwohl diese am meisten unter den verschiedenen Krisen leiden wird", fügt Maxime Weissbaum von der JUSO hinzu.

Aufgrund ihrer liberalen Natur ermöglichen die Schweizer Institutionen keine wirklichen ökologischen und sozial gerechten Fortschritte. Alle Maßnahmen, die sie zulassen, sind individualistisch und nicht systemisch. Im vorliegenden Fall wurde der Artikel, auf den sich das Bundesgericht beruft, um die Initiative für einen kostenlosen ÖPNV für ungültig zu erklären, in einem anderen Kontext der Entwicklung des Eisenbahnsystems in die Verfassung aufgenommen. Die Verfassung muss nach den Erfordernissen des Zeitgeistes interpretiert werden können, was derzeit nicht der Fall zu sein scheint.

Die Initiative wollte nicht wie üblich auf das Angebot einwirken, sondern die Nachfrage beeinflussen. "In einer Zeit, in der das IPCC immer wieder auf die Dringlichkeit des Klimaschutzes hinweist, ist der Moment gekommen, in ökologischen Praktiken einen echten Gewinn an Lebensqualität zu sehen", ergänzt Jérémie Stöckli, Co-Präsident der Jungen Grünen. Außerdem könnte die Initiative angesichts der aktuellen Inflation nicht relevanter sein. Und kein Grund zur Angst: Luxemburg hat den Schritt bereits vor mehreren Jahren gewagt, ebenso die Stadt Tallin in Estland oder Spanien während einiger Monate im vergangenen Jahr.

## **Wir werden nicht aufgeben**

Abgesehen von den fragwürdigen Positionen der Bürgerlichen und des Bundesgerichts wirft die Ungültigkeitserklärung der Initiative für einen kostenlosen ÖV ein Problem auf, das nicht mehr ignoriert werden kann: Die gesetzlichen Grundlagen sind den aktuellen Herausforderungen nicht gewachsen. Die Entwicklung konkreter Maßnahmen zur Begrenzung der globalen Erwärmung muss auf Solidarität und sozialer Gerechtigkeit basieren und sich von einer individualistischen oder schuldzuweisenden Einstellung lösen.

"Wir können es uns nicht leisten, aufzugeben, und werden andere Wege finden, um eine soziale und nicht strafende Ökologie zu verteidigen", schließt Inès Marthaler.

Kontaktpersonen :

Inès Marthaler, Präsidentin der KJ Fribourg : 078 900 97 42

Jérémie Stöckli, Co-Präsident der Jungen Grünen : 078 771 50 85

Maxime Weissbaum, Vorstandsmitglied der JUSO : 079 816 01 37